

Jenseits der offiziellen Erklärungen von Freundschaft und Solidarität werden handfeste Interessenkonflikte deutlich, die durch die persönlichen Animositäten zwischen Ulbricht und Gomułka noch verstärkt wurden. Das Bild der realen Beziehungen zwischen Volkspolen und der DDR im fraglichen Zeitraum wird so wesentlich plastischer. Allerdings muß auch A. auf Sekundärliteratur zurückgreifen. Und hier liegen inzwischen zum Teil neuere Arbeiten vor, die weitere polnische Archivbestände ausgewertet haben, etwa zur Vertreibung der Deutschen nach 1945 oder zum Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Polen, so daß in Teilbereichen der Stand der Forschung schon weiter ist. Gleichwohl stellt die Studie den Kenntnisstand zu den Beziehungen zwischen der DDR und Polen in den ersten Nachkriegsjahren auf eine neue Grundlage.

Warschau/Warszawa

Klaus Ziemer

Piotr Mickiewicz: Wolne Miasto Gdańsk w koncepcjach wojskowych i polityce II Rzeczypospolitej. [Die Freie Stadt Danzig in den militärischen Konzeptionen und in der Politik der Zweiten Polnischen Republik.] Wydawnictwo Adam Marszałek. Toruń 2000. 197 S., Ktn., Graphiken, dt. Zusammenfassung.

Es ist ein bisher unbekanntes Kapitel der Militärgeschichte, das der Vf., ein Marineoffizier und Dozent an der Marinehochschule in Gdingen (Gdynia), hier darstellt – die Überlegungen der polnischen Armee zur Freien Stadt Danzig. Nachdem die polnischen Hoffnungen auf die Zuerkennung Danzigs mit dem Versailler Vertrag gescheitert waren, richtete sich das militärische Interesse auf die Frage, wie die Existenz der Freien Stadt gegen einen deutschen Angriff oder einen Aufstand der Danziger Deutschen zu wahren wäre oder sogar zugunsten Polens beendet werden könnte. Da bis zu Beginn der 1930er Jahre das militärische Übergewicht Polens unstrittig war, galt für den Fall einer Auseinandersetzung der rasche Erfolg einer bewaffneten Intervention als sicher. Piotr Mickiewicz bespricht die entsprechenden Pläne eingehend. Gleichzeitig entstanden Pläne zur militärischen Verwendung der in Danzig lebenden polnischen Minderheit, die in dem Maße an Gewicht gewannen, in dem sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Deutschen Reiches verschob. Unter dem Tarnmantel verschiedener polnischer Vereinigungen entstand in den 1930er Jahren – trotz der politischen Verwerfungen innerhalb der Minderheit – ein System von „paramilitärischen“ Organisationen mit entsprechend geschulten Mitgliedern, von dem sich der polnische Generalstab im Kriegsfall entscheidende Unterstützung versprach. Dieser gezielte Aufbau einer „Fünften Kolonne“ von Danziger Polen war so bisher noch nicht bekannt. Allerdings verlor diese durch die Geheimdienstarbeit der Danziger Polizei rasch an operativem Wert. Als mit dem Beginn der deutschen Aufrüstung vorherzusehen war, daß in einem deutsch-polnischen Konflikt der nördliche Teil des „Korridors“ nicht zu halten wäre, und da die polnische Zivilbevölkerung zahlenmäßig nach wie vor nur eine kleine und sehr heterogene Minderheit darstellte, wurde der bewaffnete Einsatz der „Kampforganisation“ Ende August 1939 abgesagt; die Verteidigung der Polnischen Post blieb deshalb ein Einzelfall.

Diese Studie hätte sehr gewonnen, wenn der Vf. nicht nur fast ausschließlich polnische Quellen ausgewertet, sondern auch die deutsch-Danziger Presse sowie Archivalien deutscher Provenienz verwendet hätte; sicherlich spielten die militärischen Planungen der deutschen Wehrmacht für die Arbeit des polnischen Generalstabs eine wesentliche Rolle. Die erste Hälfte der Arbeit über die Rolle Danzigs in der internationalen, in der deutschen und der polnischen Politik hätte sich der Vf. übrigens sparen können, denn sie bringt kaum etwas Neues, ganz abgesehen davon, daß er die nicht-polnische Fachliteratur nicht kennt. Alleine die Feststellung, daß die polnische Danzig-Politik in hohem Maße auf nationaldemokratische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen mußte und großen Symbolcharakter trug, ist hier noch einmal zu unterstreichen. Welche spannenden Aufschlüsse die Archive über die außenpolitischen Kalamitäten der Freien Stadt und über den zunehmenden Souveräni-

tätsverlust zugunsten des nationalsozialistischen Deutschlands noch zu bieten haben, ist jüngst in Dieter Schenks Arbeit über Albert Forster sichtbar geworden.¹

Leipzig

Peter Oliver Loew

¹ DIETER SCHENK: Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrecher in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000 (vgl. Besprechung in ZfO 49 [2000], S. 421 f.)

Gerhard Brandtner, Ernst Vogelsang: Die Post in Ostpreußen. Ihre Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. (Einzelschriften der Hist. Komm. für ost- und westpreußische Landesforschung, Bd. 19.) Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk. Lüneburg 2000. 467 S., 134 Abb., Ktn. (DM 63,-)

Zwei „Dilettanten“ im guten Sinne, Liebhaber ihres wissenschaftlichen Arbeitsgebietes, legen mit diesem Band eine zu großen Teilen aus Akten gearbeitete Postgeschichte Ostpreußens einschließlich des Ermlands vor, von den „Boten- und Transportdienste(n) des Deutschen Ordens“ bis 1945. Detailreich und umfassend werden Informationen über alle Bereiche des Postdienstes geboten. Für die Frühe Neuzeit sind das neben der Nachrichtenverbreitung durch Boten besonders der Personen- und Frachtverkehr sowie das Zeitungswesen, wobei seltsamerweise über die ersten Königsberger Zeitungen, gedruckt von Fabricius (Schmidt) und Segebad, nichts verlautet. Dafür werden auch sonst wenig behandelte Teilbereiche nicht vergessen, zum Beispiel die Tätigkeit fremder Boten im Ordensstaat und in Preußen oder die Kontrolle der Beförderungsgeschwindigkeit. Terminologisch lehnt sich die Darstellung der frühneuzeitlichen Postgeschichte an Albert Gallitsch an, was sich nicht immer als Gewinn erweist, da es fraglich ist, ob Gallitschs Annahme einer gesonderten „Ämterpost“ – eine Annahme, die sich an den Voraussetzungen einer staatlichen Einrichtung „Post“ orientiert – oder die Unterscheidung von Binnen- und Außenverkehr den Einrichtungen vor der allgemeinen Zugänglichkeit der „Staats“-Post gerecht werden kann. Gemäß der am Anfang gegebenen Definition von „Post“ als einer staatlichen Anstalt, deren Dienstleistungen allgemein zugänglich sind, wird erst die preußische Staatspost ab 1641 eine „Post“ genannt. Auf sie ist die Darstellung zentriert. Das frühneuzeitliche Botenwesen erscheint, streng genommen, als Vorgeschichte der Staatspost, weiterbestehende ältere Dienstleistungen wie die Beförderung durch Bauern („Ämterpost“) und Konkurrenzunternehmen werden zu Hindernissen auf dem Weg zur einheitlichen staatlichen Posteinrichtung. Diese wird mit ihren Kursen und Leistungen detailreich und liebevoll beschrieben, von Pferden und Postkarren über die Gebührenordnung bis zur Entlohnung der Postillione. Auch die Auswirkungen von Kriegen und Herrschaftswechsels sowie der grenzüberschreitende Postverkehr werden behandelt.

Für die Darstellung der Postgeschichte seit der Industrialisierung liefert in den Kap. X bis XVI die Geschichte der Nachrichtentechnik und der Verkehrsmittel das Gliederungsprinzip. Die jeweilige technische Neuerung (Telegraf, Telefon, Funk – d.h. Sprech- und Rundfunk –, Eisenbahn, Kraftfahrzeug, Schiff und Flugzeug, schließlich die Büro- und Rechentechnik) werden kurz vorgestellt und in ihrer Bedeutung für die Post und ihre Dienste erläutert. Auch dabei rückt das Bemühen um Vollständigkeit manche sonst wenig beachteten Aspekte ins Licht: Wer würde schon in einer Postgeschichte ein Kapitel über die Auszahlung von Renten vermuten oder die kurze Geschichte des Königsberger Flugplatzes Devau – er stand im Zentrum des Luftpostdienstes für Ostpreußen. Kap. XVII behandelt die Einrichtung der Reichspost und ihre Entwicklung bis 1914, wobei dem Personal der Post besondere Aufmerksamkeit gilt. Die Kap. XVIII bis XX orientieren sich an den Zäsuren der politischen Geschichte (1918, 1939 und 1945) und handeln vor allem vom Postdienst unter den erschwerten Bedingungen von Kriegen und Wirtschaftskrisen. Daß „die Post“ in diesen Kapiteln eher als Objekt, um nicht zu sagen, als Opfer der Politik erscheint denn als politisch handelnde Organisation, liegt vermutlich an der Aktenlage: